



**Schweizerische
Rentnerstiftung**

Wir sichern Renten.

Vorsorgereglement

Schweizerische Rentnerstiftung SRS

Gültig ab 1. Januar 2023

Inhaltsverzeichnis

I.	Allgemeine Bestimmungen.....	3
Art. 1	Name, Zweck.....	3
II.	Information und Meldung	3
Art. 2	Information der rentenbeziehenden Personen.....	3
Art. 3	Melde und Auskunftspflichten der rentenbeziehenden Personen	3
III.	Leistungen.....	3
Art. 4	Allgemeines	3
IV.	Leistungen im Vorsorgefall Alter.....	4
Art. 5	Altersrente.....	4
Art. 6	Pensionierten–Kinderrente.....	4
V.	Leistungen im Vorsorgefall Tod.....	4
Art. 7	Ehegattenrente.....	4
Art. 8	Rente des geschiedenen Ehegatten und des ehemaligen eingetragenen Partners	4
Art. 9	Waisenrente	5
VI.	Leistungen im Vorsorgefall Invalidität.....	5
Art. 10	Invalidenrente.....	5
Art. 11	Invaliden–Kinderrente	5
Art. 12	Beitragsbefreiung	5
Art. 13	Vorleistungspflicht.....	5
Art. 14	Provisorische Weiterverrechnung gemäss Art. 26a BVG.....	6
VII.	Gemeinsame Bestimmungen zu den Leistungen	6
Art. 15	Auszahlung der Leistungen	6
Art. 16	Anpassung der Renten an die Preisentwicklung	6
Art. 17	Ungerechtfertigte Vorteile.....	6
Art. 18	Koordination mit anderen Sozialversicherungen.....	7
Art. 19	Sicherung der Leistungen.....	7
VIII.	Freizügigkeitsleistung.....	7
Art. 20	Der Freizügigkeitsfall.....	7
Art. 21	Die Übertragung der Austrittsleistung.....	7
IX.	Schlussbestimmungen	8
Art. 22	Änderung des Reglements.....	8
Art. 23	Annahme und Inkraftsetzung	8
	Anhang 1.....	9

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Name, Zweck

1

Unter dem Namen „Schweizerische Rentnerstiftung SRS“ (Fondation suisse des bénéficiaires de rentes FSB; Fondazione svizzera dei beneficiari di rendita FSB) besteht eine mit öffentlicher Urkunde vom 9. März 1978 errichtete Stiftung im Sinn von Art. 80ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und Art. 48 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG). (Art. 1 Abs. 1 der Stiftungsurkunde)

2

Die Stiftung erbringt Vorsorgeleistungen für rentenbeziehende Personen der Stiftung sowie deren Angehörige und Hinterlassene gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität. Sie kann zusätzliche Verpflichtungen zu Gunsten weiterer rentenbeziehenden Personen und ganzer Rentnerkollektive übernehmen. Die Übernahmen erfolgen auf Grund schriftlicher Übernahmeverträge, die der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis zu bringen sind. (Art. 2 Abs. 1 der Stiftungsurkunde).

3

Zur Erreichung ihres Zweckes kann die Stiftung Versicherungsverträge abschliessen oder in bestehende Verträge eintreten, wobei sie selbst Versicherungsnehmerin und Begünstigte sein muss.

II. Information und Meldung

Art. 2 Information der rentenbeziehenden Personen

1

Die Stiftung informiert auf ihrer Webseite über die Mitglieder des obersten Organs, die Jahresrechnung und den Jahresbericht. Der Stiftungsrat kann weitere Informationen online stellen.

2

Auf Anfrage hin wird den rentenbeziehenden Personen die Jahresrechnung und der Jahresbericht ausgehändigt mitsamt den Informationen über den Kapitalertrag, den versicherungstechnischen Risikoverlauf, die Verwaltungskosten, die Deckungskapitalberechnung, Reservebildung sowie den Deckungsgrad.

3

Auf Anfrage hin werden den rentenbeziehenden Personen die Reglemente der Stiftung ausgehändigt.

4

Jeder rentenbeziehenden Person wird jährlich ein Steuerausweis über die von ihr bezogenen Rentenleistungen des vergangenen Jahres ausgehändigt. Invalide erhalten zudem einen Vorsorgeausweis mit der Angabe des Altersguthabens.

5

Jede versicherte Person hat Anspruch darauf, dass ihr die Stiftung alle über sie verwalteten Daten mitteilt und gegebenenfalls berichtigt.

Art. 3 Melde und Auskunftspflichten der rentenbeziehenden Personen

1

Die rentenbeziehenden Personen und ihre Erben haben der Stiftung von sich aus schriftlich alle notwendigen Auskünfte zu erteilen, die für die Bearbeitung der Rentnerdaten sowie für den Bestand, die Höhe und die Auszahlung der Renten nötig sind, insbesondere:

- Änderungen der Adresse und des Kontos der rentenbeziehenden Person;
- Änderungen im Zivilstand (Heirat, Wiederverheiratung, Registrierung als eingetragener Partner, Tod);
- für Invalide: Änderungen des IV-Grades;
- Entstehung, Änderungen und Wegfall von Leistungs-, Unterhalts- oder Unterstützungspflichten (Angaben zu rentenberechtigten Hinterlassenen, zur Geburt eines Kindes oder zum Abschluss der Ausbildung eines rentenbeziehenden Kindes).

2

Rentenbeziehende Personen haben auf Anfrage einen Lebensnachweis einzureichen. Bezüger von Invaliden- und Hinterlassenenrenten haben zudem Auskunft über anrechenbare Einkünfte zu geben.

3

Die Stiftung sistiert ihre Leistungen, solange ein Anspruchsberechtigter Auskünfte verweigert, welche die korrekte Bemessung oder die Ausrichtung einer Rente betreffen.

III. Leistungen

Art. 4 Allgemeines

1

Die Stiftung erbringt den rentenbeziehenden Personen jene Leistungen, zu denen sie sich ihnen gegenüber im Übernahmevertrag oder im Anschlussvertrag verpflichtet hat.

2

Die anwartschaftlich mitversicherten Renten, Altersrenten und nachträglich erhöhte Invalidenrenten werden nach den Bestimmungen dieses Reglements berechnet. Abweichende Vereinbarungen im Übernahmevertrag gehen vor.

3

Liegt das beim Eintritt des Vorsorgefalls anwendbare Reglement nicht vor und kann es auch vom Destinatär nicht beigebracht werden, wird ersatzweise das vorliegende Reglement angewendet.

4

Die Stiftung garantiert die Leistungen aus der obligatorischen beruflichen Vorsorge.

IV. Leistungen im Vorsorgefall Alter

Art. 5 Altersrente

1

Die Stiftung richtet den Bezüglern von Altersrenten eine lebenslängliche Rente, in der von der bisherigen Vorsorgeeinrichtung ausbezahlten Höhe aus.

Die bisherige Vorsorgeeinrichtung kann nachträglich mit einer Zusatzvereinbarung höhere Leistungen einkaufen.

2

Bezüglern von temporären Invalidenrenten wird nach dem Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters eine lebenslängliche Altersrente ausgerichtet.

Die jährliche Altersrente ergibt sich dabei aus der Multiplikation des weitergeführten Altersguthabens mit dem im Anhang genannten Umwandlungssatz. Sie entspricht in jedem Fall der Invalidenrente aus der obligatorischen beruflichen Vorsorge einschliesslich Teuerungsanpassungen, auf welche die rentenbeziehende Person Anspruch hat.

3

Invalide können die Altersleistungen nicht in Kapitalform beziehen.

Art. 6 Pensionierten-Kinderrente

1

Bezüglern von Altersrenten haben für jedes Kind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Kinderrente in Höhe der Waisenrente.

2

Die Dauer des Anspruches regelt sich nach den Bestimmungen für die Waisenrente.

V. Leistungen im Vorsorgefall Tod

Art. 7 Ehegattenrente

1

Die Stiftung richtet dem überlebenden Ehegatten eine Ehegattenrente in der von der bisherigen Vorsorgeeinrichtung bezahlten Höhe aus. Die Rentenhöhe wird reduziert, soweit eine Übererschädigung besteht.

Die bisherige Vorsorgeeinrichtung kann nachträglich mit einer Zusatzvereinbarung höhere Leistungen einkaufen.

2

Stirbt ein Bezüglern einer Alters- oder Invalidenrente, so hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf eine Ehegattenrente, wenn er beim Tod des Ehegatten

- a) für den Unterhalt eines oder mehrerer Kinder aufkommen muss; oder
- b) älter als 45 Jahre ist und die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert hat.

Die Höhe der Ehegattenrente ist im Anhang geregelt. Der Anspruch auf die Ehegattenrente entsteht am Monatsersten nach dem Tod der rentenbeziehenden Person.

Erfüllt der überlebende Ehegatte keine der beiden Voraussetzungen auf eine Ehegattenrente, steht ihm eine einmalige Abfindung in Höhe von drei Jahresrenten zu.

3

Der Anspruch auf eine Ehegattenrente erlischt mit der Wiederverheiratung, dem Eintragung einer Partnerschaft oder dem Tod des hinterlassenen Ehegatten.

4

Hatte der Verstorbene bei der Eheschliessung das 65. Lebensjahr vollendet, beschränkt sich der Anspruch auf eine Ehegattenrente auf die Mindestleistungen gemäss BVG.

5

Ist der hinterlassene Ehegatte mehr als zehn Jahre jünger als der Verstorbene, wird seine Rente für jedes ganze oder angebrochene Jahr um fünf Prozent ihres Betrags gekürzt, um das der Altersunterschied der Ehegatten zehn Jahre übersteigt.

Art. 8 Rente des geschiedenen Ehegatten und des ehemaligen eingetragenen Partners

1

Hinterlässt die versicherte Person einen geschiedenen Ehegatten, so hat dieser, wie der überlebende Ehegatte, Anspruch auf eine Rente, sofern die Ehe mindestens zehn Jahren dauerte und dem überlebenden Ehegatten im Scheidungsurteil eine Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen worden ist.

2

Bei gerichtlicher Auflösung der eingetragenen Partnerschaft ist der ehemalige eingetragene Partner beim Tod seines früheren eingetragenen Partners dem überlebenden Ehegatten gleichgestellt, sofern die eingetragene Partnerschaft mindestens zehn Jahre gedauert hat und dem ehemaligen Partner im Auflösungsurteil eine Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen worden ist.

3

Die Rente des geschiedenen Ehegatten und des ehemaligen eingetragenen Partners entspricht den Mindestleistungen gemäss BVG. Sie wird um jenen Betrag gekürzt, um den sie zusammen mit Leistungen anderer Versicherungen den Anspruch aus dem Scheidungsurteil oder dem Urteil über die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft übersteigt.

4

Der Anspruch erlischt mit dem Tod, der Wiederverheiratung und mit der Eintragung einer Partnerschaft des geschiedenen Ehegatten sowie mit dem Erlöschen des Rentenanspruchs aus dem Scheidungsurteil.

Art. 9 Waisenrente

1

Jedes Kind eines verstorbenen Versicherten oder eines verstorbenen Rentners hat Anspruch auf eine Waisenrente. Pflege- und Stiefkinder haben Anspruch auf eine Waisenrente, wenn der Verstorbene für ihren Unterhalt ganz oder zur Hauptsache aufzukommen hatte.

2

Die Waisenrente beträgt pro Kind 20 Prozent der zuletzt ausgerichteten Alters- oder Invalidenrente.

3

Die Waisenrente wird bis zur Vollendung des 18. Altersjahres des Kindes ausbezahlt. Kindern, die in Ausbildung stehen oder mindestens zu 70 Prozent invalid sind, wird die Rente bis zum Abschluss der Ausbildung, bzw. bis zur Erlangung der Erwerbsfähigkeit, längstens jedoch bis zur Vollendung des 25. Altersjahres ausgerichtet.

VI. Leistungen im Vorsorgefall Invalidität

Art. 10 Invalidenrente

1

Die Stiftung richtet dem Invaliden eine Invalidenrente in der von der bisherigen Vorsorgeeinrichtung bezahlten Höhe aus. Die Rentenhöhe wird indessen reduziert, wenn eine Überentschädigung besteht.

2

Vergrossert sich der Invaliditätsgrad einer rentenbeziehenden Person, wird die Invalidenrente um jenen Betrag erhöht, der sich aus dem bisherigen Reglement für die zusätzliche Teilinvalidität ergibt.

Bei einer Senkung des Invaliditätsgrades wird die Rente nach der bisherigen Rentenbemessung neu berechnet und ausgerichtet.

3

Der Anspruch auf eine Invalidenrente erlischt mit der Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit, spätestens jedoch im Zeitpunkt des ordentlichen Rücktrittsalters.

Art. 11 Invaliden-Kinderrente

1

Die versicherte Person, der eine Invalidenrente zusteht, hat Anspruch auf eine Invaliden-Kinderrente für jedes Kind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte.

2

Die Invaliden-Kinderrente beträgt bei einer vollen Invalidität der versicherten Person pro Kind 20 Prozent der Invalidenrente. Bei Teilinvalidität der versicherten Person wird die Kinderrente wie die Invalidenrente selbst reduziert.

3

Die Dauer des Anspruches regelt sich nach den Bestimmungen für die Waisenrente.

Art. 12 Beitragsbefreiung

1

Die Stiftung führt den passiven Teil der Altersguthaben von Invaliden bis zum Wiedererlangen der Erwerbsfähigkeit weiter, spätestens aber bis zum Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters.

2

Die Altersgutschriften werden dabei jährlich in Prozenten des koordinierten Lohnes (Art. 8 BVG) bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, die zur Invalidität geführt hat, berechnet. Dabei gelten folgende Ansätze:

Altersjahr	Ansatz in % des koordinierten Lohnes
25–34	7
35–44	10
45–54	15
55–65	18

3

Die Altersguthaben sind mit dem Mindestzinssatz (Art. 12 BVV2) zu verzinsen.

4

Sieht der Übernahmevertrag oder das anwendbare Reglement der bisherigen Vorsorgeeinrichtung höhere Altersgutschriften vor, kommen diese zur Anwendung.

Art. 13 Vorleistungspflicht

1

Trifft die Stiftung eine gesetzliche Vorleistungspflicht, so beschränkt sich diese auf die Mindestleistungen nach BVG.

2

Der Ansprecher hat nachzuweisen, dass er seinen Leistungsanspruch bei allen anderen in Frage kommenden Vorsorgeeinrichtungen angemeldet hat.

Art. 14 Provisorische Weiterverrechnung gemäss Art. 26a BVG

1

Wird die Rente der Invalidenversicherung nach Verminderung des Invaliditätsgrades herabgesetzt oder aufgehoben, bleibt die versicherte Person während drei Jahren zu den gleichen Bedingungen versichert, sofern sie vor der Herabsetzung oder Aufhebung der IV-Rente an Massnahmen zur Wiedereingliederung nach Art. 8a IVG teilgenommen hat oder die IV-Rente wegen der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Erhöhung des Beschäftigungsgrades herabgesetzt oder aufgehoben wurde.

2

Die Beitragsbefreiung und der Versicherungsschutz werden während dieser Dauer im selben Umfang weitergeführt.

3

Die Leistungen werden der versicherten Person im selben Umfang ausgerichtet, solange sie eine Übergangsleistung nach Art. 32 IVG bezieht. Sie werden aber um das Zusatzeinkommen der versicherten Person gekürzt.

VII. Gemeinsame Bestimmungen zu den Leistungen

Art. 15 Auszahlung der Leistungen

1

Renten werden in monatlichen Raten jeweils am Anfang des Monats ausbezahlt. Für den Monat, in welchem der Rentenanspruch erlischt, wird die volle Rente ausbezahlt.

2

Die Auszahlung der Invalidenrente wird bis zur Erschöpfung des Kranken- und Unfalltaggeldanspruches aufgeschoben, wenn die versicherte Person anstelle des vollen Lohnes Leistungen erhält, die mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohnes betragen und die Taggeldversicherung vom Arbeitgeber mindestens zu 50 Prozent mitfinanziert wurde.

3

Kapitalleistungen werden innert 30 Tagen nach Erhalt aller notwendigen Unterlagen für die Abklärung und Ausrichtung des Leistungsanspruchs fällig.

4

Gerät die Stiftung in Verzug, gilt ein Verzugszins in Höhe des BVG-Mindestzinses.

Art. 16 Anpassung der Renten an die Preisentwicklung

1

Der Stiftungsrat prüft jährlich nach Massgabe der verfügbaren Mittel, ob die Renten an die Preisentwicklung angepasst werden können.

2

Eine Anpassung muss bis zum ordentlichen Pensionierungsalter dort vorgenommen werden, wo die BVG-Minimalrente grösser wird als die reglementarische Rente.

Art. 17 Ungerechtfertigte Vorteile

.1

Ergeben die Alters-, Todesfall- oder Invaliditätsleistungen zusammen mit den anrechenbaren Leistungen Dritter ein Einkommen von mehr als 90 Prozent des letzten gemeldeten Jahreslohnes, werden die Leistungen der Stiftung um den übersteigenden Betrag gekürzt.

Während der Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs nach Artikel 26a BVG kürzt die Stiftung die Invalidenrente entsprechend dem verminderten Invaliditätsgrad der versicherten Person, jedoch nur so weit, wie die Kürzung durch ein Zusatzeinkommen der versicherten Person ausgeglichen wird.

2

Als anrechenbare Leistungen Dritter gelten etwa Leistungen in- und ausländischer Sozialversicherungen und Vorsorgeeinrichtungen, Leistungen von Versicherungsgesellschaften, die ganz oder teilweise von der Arbeitgeberin finanziert worden sind, und die Ansprüche gegen den haftpflichtigen Dritten.

3

Bezügern von Invalidenleistungen wird überdies das weiterhin erzielte oder zumutbarerweise noch erzielbare Erwerbs- oder Ersatzeinkommen angerechnet.

4

Die Einkünfte des hinterlassenen Ehegatten bzw. des hinterlassenen eingetragenen Partners und der Waisen werden zusammengerechnet.

Art. 17a Überentschädigung nach dem Erreichen des ordentlichen Rücktrittalters

1

Hat der Versicherte das ordentliche Rücktrittsalter erreicht, so werden die Leistungen nur gekürzt, wenn diese zusammentreffen mit:

- Leistungen nach dem Bundesgesetz über die Unfallversicherung,
- Leistungen nach dem Bundesgesetz über die Militärversicherung,
- vergleichbaren ausländischen Leistungen.

2

Die Stiftung erbringt Leistungen weiterhin in gleichem Umfang wie vor Erreichen des Rücktrittsalters. Die Kürzung anderer Leistungen, die beim Erreichen des Rücktrittsalters vorgenommen wird, sowie die Kürzung oder Verweigerung anderer Leistungen aufgrund von Verschulden, müssen nicht ausgeglichen werden. Die gekürzten Leistungen der Stiftung dürfen zusammen mit den Leistungen nach UVG, nach MVG und den vergleichbaren ausländischen Leistungen nicht tiefer sein als die ungekürzten Leistungen des BVG.

Art. 18 Koordination mit anderen Sozialversicherungen

1

Hat die versicherte Person oder der Anspruchsberechtigte den Tod oder die Invalidität vorsätzlich herbeigeführt, entfallen alle überobligatorischen Leistungen der Stiftung.

2

Die Stiftung kürzt ihre Leistungen zudem im entsprechenden Umfang, wenn die AHV/IV eine Leistung kürzt, entzieht oder verweigert, weil sich der Anspruchsberechtigte einer Eingliederungsmassnahme der IV widersetzt.

3

Die Stiftung gleicht keine Leistungsverweigerungen oder -kürzungen der Unfallversicherung oder der Militärversicherung aus.

Art. 19 Sicherung der Leistungen

1

Der Leistungsanspruch kann vor Fälligkeit — ausser durch das Scheidungsgericht — weder verpfändet noch abgetreten werden.

2

Der Leistungsanspruch darf mit Forderungen, die der Arbeitgeber der Stiftung abgetreten hat, nur verrechnet werden, wenn sie sich auf Beiträge beziehen, die nicht vom Lohn abgezogen worden sind.

3

Forderungen der Stiftung dürfen dagegen mit fälligen Leistungsansprüchen verrechnet werden.

Art. 19a Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen

1

Unrechtmässig bezogene Leistungen sind zurückzuerstatten bzw. können mit Leistungen der Stiftung verrechnet werden. Von der Rückforderung kann abgesehen werden, wenn der Leistungsempfänger gutgläubig war und die Rückforderung gleichzeitig zu einer grossen Härte führt.

2

Der Rückforderungsanspruch bzw. Schadensersatzanspruch erlischt drei Jahre nachdem die Stiftung davon Kenntnis erhalten hat, spätestens aber fünf Jahre nach der Auszahlung der einzelnen Leistung. Wird der Rückforderungsanspruch bzw. Schadensersatzanspruch aus einer strafbaren Handlung hergeleitet, für die das Strafrecht eine längere Verjährungsfrist festsetzt, so ist diese Frist massgebend.

VIII. Freizügigkeitsleistung

Art. 20 Der Freizügigkeitsfall

1

Endet das Vorsorgeverhältnis durch den Wegfall der Erwerbsunfähigkeit, wird eine Austrittsleistung fällig. Vorbehalten bleibt die Weiterversicherung nach einer Wiedereingliederung der versicherten Person (Art. 26a BVG).

2

Die Austrittsleistung entspricht dem vorhandenen Altersguthaben inkl. Zins (Art. 15 FZG). Ist das gemäss Art. 15 BVG erworbene Altersguthaben oder der Mindestbetrag gemäss Art. 17 FZG höher, so wird der höchste dieser drei Beträge ausgerichtet.

3

Ist die austretende versicherte Person teilweise invalid, entspricht die Austrittsleistung dem Altersguthaben des aktiven Teils. Wird die austretende versicherte Person später voll erwerbsfähig, so hat sie Anspruch auf das Altersguthaben des passiven Teils.

4

Wird die Stiftung nach der Überweisung der Austrittsleistung rentenpflichtig, hat sie Anspruch auf Rückerstattung der Austrittsleistung samt Zinsen. Unterbleibt die Rückerstattung, werden die Leistungen entsprechend gekürzt.

Art. 21 Die Übertragung der Austrittsleistung

1

Die versicherte Person zeigt der Stiftung an, welcher neuen Vorsorgeeinrichtung oder welcher Freizügigkeitseinrichtung die Austrittsleistung zu übertragen ist.

2

Bleibt die Mitteilung der versicherten Person über die Verwendung ihrer Austrittsleistung aus, wird die Austrittsleistung nach sechs Monaten an die Stiftung Aufnafangereinrichtung überwiesen.

3

Auf schriftliches Verlangen der austretenden versicherten Person wird ihr die Austrittsleistung bar ausbezahlt, wenn sie

- a) die Schweiz und Liechtenstein endgültig verlässt – vorbehalten bleibt Art. 25f des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (FZG);
- b) nachweislich eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt und der obligatorischen Versicherung nicht mehr untersteht.

Die Barauszahlung an verheiratete Versicherte ist nur zulässig, wenn der Ehegatte schriftlich zustimmt. Die Stiftung kann eine amtliche Beglaubigung der Zustimmungserklärung verlangen.

4

Die Austrittsleistung wird mit dem Austritt aus der Stiftung fällig. Sie wird ab diesem Zeitpunkt wie das BVG-Altersguthaben verzinst. Überweist die Stiftung die Austrittsleistung nicht innert dreissig Tagen, nachdem sie die notwendigen Angaben erhalten hat, verzinst sie die Austrittsleistung ab Ende dieser Frist mit dem vom Bundesrat festgesetzten Verzugszins.

IX. Schlussbestimmungen

Art. 22 Änderung des Reglements

Der Stiftungsrat ist befugt, das vorliegende Reglement jederzeit ganz oder teilweise zu ändern oder zu ergänzen, sofern dies die Umstände erfordern. Er hat dabei die wohlerworbenen Rechte der Versicherten zu wahren.

Art. 23 Annahme und Inkraftsetzung

Dieses Vorsorgereglement tritt am 1. Januar 2023 in Kraft. Es ersetzt alle früheren Bestimmungen zu Leistungsansprüchen der Versicherten.

Schweizerische Rentnerstiftung SRS

St.Gallen, 11. April 2023



Peter Rösler, Präsident



Clivia Koch, Vizepräsidentin

Anhang 1

Der Umwandlungssatz des Altersguthabens für die Renten beträgt zum Zeitpunkt der ordentlichen Pensionierung 5.4 Prozent.

Die Ehegattenrente beträgt 60 Prozent der vom Verstorbenen bezogenen Alters- oder Invalidenrente.